



# BURMA REPORT

September 2010

မြန်မာ - မှတ်တမ်း

Ausgabe 88

**Free all political prisoners, free Aung San Suu Kyi, free Burma.**

"EBO" [burma@euro-burma.be](mailto:burma@euro-burma.be), "BurmaNews" <[burma\\_news@verizon.net](mailto:burma_news@verizon.net)>, Burma News - 12 August 2010, Fri, 13. Aug 2010

**Human Rights Watch -**

PRESS RELEASE - 11 August 2010 - <<http://www.hrw.org/en/news/2010/08/10/burma-eu-should-endorse-international-war-crimes-inquiry>>

## Burma: Die EU sollte die Untersuchung von internationalen Kriegsverbrechen befürworten

Brüssel: Vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen im September sollten lt. Schreiben von Human Rights Watch an die EU-Aussenminister, die EU Mitgliedsstaaten öffentlich die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma unterstützen.

Human Rights Watch fordert die EU auf, für die Vollversammlung einen Untersuchungsausschuss im Entwurf der Resolution gegen Burma vorzusehen. Ein solcher Schritt erfolgt nach der Erklärung des UN-Sonderberichterstatters Tom Áis Ojea Quintana von März 2010 über Menschenrechte in Burma. Er forderte die UN auf, die Möglichkeit zur Einrichtung einer Untersuchungskommission für Verbrechen in Burma zu überprüfen, die als Verstöße gegen internationales Recht zu gelten haben.

"Es genügt nicht mehr, Burma wie in einem Ritual in den Resolutionen der jährlichen Vollversammlungen zu verurteilen", sagte Kenneth Roth, geschäftsführender Direktor von Human Rights Watch. "Die UN muss einen Preis für die fortdauernde Missachtung fordern, indem sie beginnt, diese zu untersuchen".

Zur Unterstützung von Quintanas Forderung verabschiedete das Europäische Parlament am 20. Mai eine Resolution hinsichtlich Burma, in der die Vertreter und Mitgliedsstaaten der EU aufgefordert werden, öffentlich die

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für Burma zu unterstützen und diese Forderung auch im Resolutionsentwurf der Vollversammlung zu Burma für die nächste Sitzung mit zu erwähnen.

Einige EU-Mitgliedsstaaten wie auch die Regierung Australiens haben bereits öffentlich ihre Unterstützung einer internationalen Kommission für Burma zugesagt.

Die Kampala Erklärung von Juni 2010, die als Ergebnis aus der Revisionskonferenz der Rom-Statuten des Internationalen Strafgerichts (ICC) hervorgegangen ist, bestätigte die Verpflichtung der 111 ICC- Mitgliedsstaaten der "Straffreiheit von Straftätern schlimmster Verbrechen, die von internationaler Bedeutung sind, ein Ende zu setzen". Die EU-Staaten, die alle Mitglied des ICC sind, sollten ihre Verpflichtung dadurch zeigen, dass sie eine führende Rolle übernehmen, die Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses voranzutreiben, der die Verletzungen aller Parteien untersuchen soll, die zu Kriegsverbrechen und mögliche Menschenrechtsverletzungen in Burma führen, sagte Human Rights Watch.

Seit Jahren werden schwere, ausgedehnte und systematische Verletzungen des internationalen Menschenrechts und humanitären Rechts von Sonderinstitutionen der UNO, Human Rights Watch und anderen dokumentiert und veröffentlicht. Seit 1992 wurden durch die UNO-Vollversammlung 19 Resolutionen gegen Burma ausgesprochen.

Heute gab Human Rights Watch ein ausführliches Q & A heraus, das verschiedene Punkte erwähnt, die sich auf Straftaten, die das internationale Recht in Burma verletzen, beziehen.

"So weiter zu machen, als sei nichts geschehen, wird die Straftäter in Burma noch mehr ermutigen", sagte Roth. "Die Einsetzung eines internationalen Untersuchungsausschusses wird ein erster Schritt sein, die Straftäter vor Gericht zu bringen und die Straffreiheit in Burma zu beenden".

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS - August 13, 2010 Issue #4019 - "Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)>, [www.burmanet.org](http://www.burmanet.org) Fri, 13. Aug 2010

**New York Times, 13. August, 2010** <<http://www.nytimes.com/2010/08/14/world/asia/14myanmar.html>>

## Myanmar - Junta gibt den Wahltermin bekannt

Bangkok: Am Freitag gab die regierende Junta bekannt, dass am 7. November in Myanmar die erste Wahl innerhalb von zwei Dekaden stattfinden wird und setzte damit einen Termin für Wahlen fest, die von der Opposition als Legitimierung der Militärmacht in ziviler Aufmachung erklärt werden.

Die wichtigste Oppositionspartei, die National League for Democracy wird die Wahl boykottieren, da sie die Wahlgesetze für unfair und restriktiv erachtet. Ihre Führerin, Daw Aung San Suu Kyi, eine Nobelpreisträgerin, die die meiste Zeit der vergangenen 20 Jahre unter Hausarrest verbringt, wurde per Gesetz davon ausgeschlossen, sich für die Wahl aufstellen zu lassen, mit der Begründung, dass sie von der Regierung in Haft gehalten wird.

Die Partei wurde im Mai offiziell aufgelöst, da sie es ablehnte, sich für die Wahl registrieren zu lassen.

In einer kurzen Wahlankündigung durch die staatlichen Radio- und Fernsehstationen Myanmars, ehemals Burma, heisst es: " Am Sonntag, den 7. November, werden die ersten Mehrparteiwahlen des Landesparlamentes stattfinden". Dies erlaubt den politischen Parteien, bis zum Ende des Monats ihre Kandidatenlisten zu unterbreiten.

Dieser Zeitraum gibt den Parteien nur eine kurze Frist, Kandidaten aufzustellen und Wahlkampagnen zu führen und wird von dem im Exil lebenden burmesischen Kommentator Win Tin als "berechneter politischer Überfall" bezeichnet.

Die Wahlen werden von den Vereinigten Staaten und anderen west- ...

... iven Nationen als undemokratisch verurteilt. Ministerialdirektor Kurt M. Campbell zeigte sich nach einem zweitägigen Besuch im Mai "von den Wahlvorbereitungen zutiefst enttäuscht".

"Was wir bisher gesehen haben, führt uns zu der Annahme, dass es den Wahlen an internationaler Legitimität fehlen wird", sagte er.

Obwohl sich das zukünftige Parlament vordergründig als Wende zu einer Zivilregierung darstellt, neigt es doch heftig hin zum Militär, das nunmehr seit einem halben Jahrhundert die Macht innehat. Ein Viertel der 440 Sitze sind für aktive Mitglieder des Militärs reserviert, denen es dadurch ermöglicht wird, alle wichtigen Ministerien zu kontrollieren, einschliesslich denjenigen, die für die Justiz, Verteidigung und innere Angelegenheiten verantwortlich sind.

Viele andere Kandidaten sind ehemalige Offiziere. Der Premierminister und 22 weitere Minister zogen sich von ihren Posten beim Militär zurück, um sich als Bürger um Ämter zu bewerben.

Zusätzlich begründet eine neue Verfassung einen machtvollen staatlichen Verteidigungs- und Sicherheitsrat, der vom Oberkommandierenden der Wehrmacht kontrolliert wird und der bemächtigt ist, eine zivile Regierung ausser Kraft zu setzen.

Auch Wahlgesetze begünstigen die Junta, indem sie Kampagnen und öffentliche Erklärungen, die die Regierung kritisieren, mit strengen Restriktionen ahnden.

Es haben sich mindestens 40 Parteien für die Wahl registrieren lassen, unter ihnen die Union Solidary and Development Party, die als Vehikel für die Kandidaten der Junta angesehen wird und von der anzunehmen ist, dass sie Staatsgelder und Sonderprivilegien erhält.

Die jetzt aufgelöste National League for Democracy hatte in den letzten Wahlen von 1990 einen überwältigen Sieg davongetragen, es wurden ihr jedoch vom Militär die Sitze verweigert.

Die neue Wahl wurde so festgelegt, dass sie kurz vor Beendigung von Mrs. Aung San Suu Kyis Hausarrest stattfinden. Die Tatsache, dass ihr verstorbener Mann ein Ausländer war, verbietet ihr ebenfalls, sich für die Wahl aufstellen zu lassen.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS, August 18, 2010, Issue #4022, "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org  
**The MIZZIMA - den 18. August 2010**  
 <<http://www.mizzima.com/news/world/4258-wik-tin-presses-canada-to-support-un-inquiry.html>>

## Win Tin drängt Kanada, die Untersuchungen der USA zu unterstützen -

Thomas Aung Shwe

Chiang Mai (Mizzima): Win Tin, Mitbegründer von Burmas National League for Democracy, forderte letzte Woche die Regierung Kanadas und anderer Staaten in einem Interview dazu auf, die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss der UNO wegen Menschenrechtsverletzungen durch das burmesische Regime zu unterstützen.

Australien, England, die Tschechische Republik und gestern auch die USA haben ihre Unterstützung für eine solche Untersuchung zugesagt.

Win Tin sagte zu Mizzima: "In Burma sind Menschenrechtsverletzungen sehr schwerwiegend, und deshalb brauchen wir eine solche Untersuchung, um zu dokumentieren, was geschehen ist".

Als naher Verbündeter Aung San Suu Kyis, der wegen seines Widerstandes gegen die burmesischen Herrscher insgesamt 19 Jahre im Gefängnis verbrachte, sagte er, dass die Gewalt des Regimes auch "unter den Ethnien des Landes einen grossen Tribut gefordert hat".

Indem er feststellte, dass 63 gewählte kanadische Parlamentsmitglieder und 12 Senatoren eine Petition unterzeichnet haben, mit der die kanadische Regierung aufgefordert wird, die UNO zu einer solchen Untersuchung zu drängen, sagte Win Tin: "Ich hoffe, dass Kanada diese Gelegenheit ergreift, für einen UN-Untersuchungsausschuss einzutreten, denn das ist es, was Burma braucht".

Im März unterbreitete der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte, Tomas Ojea Quintana, einen Bericht beim UN-Menschenrechtsrat, der aussagt, dass in Burma ein Muster "grober und systematischer Menschenrechtsverletzungen vorliegt, dem zu entnehmen ist, dass es sich bei den Verletzungen um eine Politik des Staates handelt, in die Behörden auf allen Ebenen, wie z. B. des des Militärs wie auch

der Justiz, verwickelt sind. Er sagte ebenfalls, "dass die Möglichkeit besteht, dass einige dieser Menschenrechtsverletzungen unter die Kategorie der Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen in Übereinstimmung mit den Statuten des Internationalen Strafgerichts fallen".

Quintana forderte die UNO weiterhin auf, den Rechtsmissbrauch des burmesischen Regimes zu untersuchen und eine "Kommission einzusetzen, mit dem Mandat, Tatsachen festzustellen, die auf die Frage nach internationalen Verbrechen hinweisen".

Tin Maung Htoo, geschäftsführender Direktor von Canadian Friends of Burma (CFOB) berichtete Mizzima, dass: "der sorgfältige Bericht Quintanas auf das dringlichste vorschlägt, dass die UNO weiter die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Burma untersucht. Sein Bericht sollte nicht einfach ignoriert werden; Mitgliedsstaaten der UNO, einschliesslich Kanada, müssen die UNO drängen, den Empfehlungen Quintanas zu folgen und die begangenen Menschenrechtsverstösse untersuchen".

In der vergangenen Woche gab die CFOB gemeinsam mit den Kollegen des Burma Campaign UK eine Erklärung heraus, den kanadischen Aussenminister Lawrence Cannon aufzufordern, sich für eine solche Untersuchung einzusetzen. Die Regierung des Premierministers Stephen Harper, die sonst eine starker Fürsprecherin für Burmas Opposition ist, muss noch auf Quintanas Empfehlungen reagieren.

Der Direktor von Burma Campaign, Mark Farmaner, soll gesagt haben: "Es ist wirklich überraschend, dass sich Kanada bisher noch nicht öffentlich für die Unterstützung der Empfehlungen des Sonderberichterstatters hinsichtlich eines Untersuchungsausschusses geäussert hat. Kanadas Schweigen wird die Diktatur ermutigen, mit den Verbrechen fortzufahren".

Laura Markle, Sprecherin des kanadischen Aussenministeriums wie auch für internationalen Handel, hat Mizzima gegenüber angedeutet, dass Kanada eine Erklärung zu den von Win Tin aufgeworfenen Themen herausgeben wird, aber bis zum heutigen Tag ist diese Erklärung noch ausstehend.

### Win Tin drängt Kanada ebenfalls, die Ivanhoe-Minen zu untersuchen

Win Tin forderte die kanadische Regierung ebenfalls dazu auf, zu untersuchen, ob durch die in Vancouver niedergelassenen Ivanhoe Mines Menschenrechtsverletzungen in Burma ....

... begangen wurden und sie gegen die kanadischen Sanktionen gegen das Regime des Seniorgenerals Than Shwe verstossen haben.

Mizzima hatte im Juni berichtet, dass der verschwiegene Trust, der zur Überwachung der burmesischen Ivanhoe Holdings eingesetzt wurde, die 50% Anteile in die Myanmar Ivanhoe Copper Company Limited (MICCL) an Kumpare des burmesischen Regimes verkauft hat. Es handelt sich dabei um eine Joint Venture, die Burmas Kupfermine in Monywa betreibt. Sie sind Mittelsmänner für die chinesische staatliche Waffenfabrik Norinco und den Mining-Giganten Chinalco.

Win Tins sagte, dass er zutiefst über Berichte besorgt sei, denen zu entnehmen ist, dass sich Ivanhoe der Geschäftsleute bedient, die dem despotischen Führer Burmas, Tan Shwe, nahe stehen, um die Anteile von Monywa so zu verkaufen, dass dies gegen die kanadischen Sanktionen verstösst. "Obwohl uns keine Einzelheiten bekannt sind, wissen wir, dass Ivanhoe seinen Anteil an die Chinesen verkauft hat. Kanda sollte dies untersuchen".

Der international anerkannte ehemalige politische Gefangene sagte, dass er mit Aufforderungen von Rechtsgruppen übereinstimmt, dass die leitende Geschäftsführung sich vor dem kanadischen Parlament verantworten müsse, um Fragen zu den Operationen der Firma in Burma und zu deren offensichtlichen Verlassen des Landes zu beantworten.

Das gewählte Parlamentsmitglied der NLD, Khun Myint Tun, schrieb im vergangenen Monat offiziell an Aussenminister Cannon, und bat die kanadische Regierung, die Umstände der Festnahme des bei Ivanhoe angestellten burmesischen Fahrers Thet Lwin, die zu dessen Festnahme führten, zu untersuchen. Er wurde festgenommen, nachdem sein Chef, Andrew Mitchell, ein leitender Geologe der Ivanhoe in Burma, ihn gebeten hat, ihn zum Haus der NLD-Generalsekretärin Suu Kyi zu fahren, die noch unter Hausarrest steht.

Nach Ankunft vor deren Haus am See wurden beide, Thet Lwin wie auch Mitchell, von Soldaten festgenommen, die als Gefängnisaufseher fungieren. Mitchell, ein Bürger Grossbritanniens, wurde bald darauf entlassen, während Thet Lwin nach Angaben seiner Familie zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, weil er tat, wozu ihn sein Chef dummerweise aufgefordert hatte.

Rechtsaktivisten, wie Khun Myint Tun, befürchten, dass Thet Lwin im Insein-

Gefängnis verstorben ist und möchten, dass die kanadische Regierung Ivanhoe zwingt, alle Einzelheiten des Zwischenfalls, die zu der Festnahme geführt haben, aufzudecken.

In seinem Brief an die kanadische Regierung beschuldigte Khun Myint Tun Ivanhoe und den Vorsitzenden der Firma, Robert Friedland, mehr als 5 Jahre gebraucht zu haben, um öffentlich zuzugeben, dass ihnen der Vorfall bekannt war. Khun Myint Tun, der sich selbst von 1996 bis 2003 in politischer Gefangenschaft befand, meinte Mizzima gegenüber, "hätte Ivanhoe sofort nach der Festnahme von Ko Thet Lwin über den Vorfall berichtet, wäre sehr wahrscheinlich, dass ihm und seiner Familie das grosse Leid erspart geblieben wäre. Die Art und Weise wie Ivanhoe mit dem Fall umgegangen ist, ist kriminell".

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS, August 14 -16, 2010  
Issue #4020, "Editor" <editor@burmanet.org>, www.burmanet.org

**Jakarta Globe, den 15. August 2010**  
<http://www.thejakartaglobe.com/home/burma-could-learn-from-indonesias-mistakes/391338>

## Burma sollte aus den Fehlern Indonesiens lernen - Ismira Lutfia

Während das von der Junta regierte Land sich darauf vorbereitet, die ersten Wahlen innerhalb von zwei Dekaden abzuhalten, sollte Burma den Fehler Indonesiens bedenken, Straftäter von Menschenrechten nicht für ihre Taten zur Verantwortung zu ziehen, sagte ein Anwalt für Menschenrechte.

Jakarta. "Burma könnte lernen, die gleichen Fehler zu vermeiden, die Indonesien begangen hat, d.h. die Verantwortlichen des Militärs wegen Menschenrechtsverletzungen nicht vor Gericht zu bringen", sagte vergangene Woche der Direktor der Arbeitsgruppe für Menschenrechte während eines Treffens mit Tomas Ojea Quintana, Sonderberichterstatter für die Menschenrechtssituation in Burma.

Rafendi, der gleichzeitig der indonesische Kommissar für den zwischenstaatlichen Ausschuss für Menschenrechte der ASEAN ist, sagte, dass in Indonesien, die der Menschenrechtsverletzungen beschuldigten Personen, "weiterhin hochrangige Positionen als Regierungsbeamte innehaben".

Quintana hielt sich in Indonesien auf, um sich mit Gesellschaftsorganisationen zur Durchführung von Menschenrechten im Lande und den Wandel von

einer Militärregierungen zu einer demokratischen Nation zu beraten.

Vor seinen ersten Präsidentschaftswahlen in 2004 stand Jakarta 30 Jahre lang unter einer autoritären Regierung.

Burma bereitet sich nun darauf vor, am 7. November seine ersten Wahlen innerhalb der vergangenen zwei Dekaden abzuhalten. Kritiker sagen jedoch voraus, dass die Wahlen alles andere als demokratisch sein werden.

Quintana führt in seinem Bericht vom März an den UNO-Menschenrechtsrat aus, dass Burma vor fairen und demokratischen Wahlen die Ikone der Demokratie und Nobelpreisträgerin, Aung San Suu Kyi, freisetzen müsse.

"Es ist entscheidend, dass die politischen Gefangenen freigelassen werden", sagte er.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS - August 5, 2010,  
Issue #4013, "Editor" <editor@burmanet.org>

**Reuters- The Star Online -**

<http://thestar.com.my/news/story.asp?file=/2010/8/11/worldupdates/2010-08-11T170532Z\_01\_NOOTR\_RTRMDNC\_0\_-507758-1&sec=Worldupdates>

## Myanmars Oppositions partei droht, sich aus den Wahlen zurückzuziehen - Aung Hla Tun - 11. August, 2010

Rangoon (Reuters): Am Mittwoch drohte eine der stärksten politischen Parteien Myanmars, sich aus den seit langem erwarteten diesjährigen Wahlen zurückzuziehen, falls es während der Vorbereitungen der Wahlen zu Zeichen des unfairen Spiels durch das regierende Militär kommt.

Die Union Democracy Party (UDP) wird als Spitzenreiter des Oppositionslagers angesehen.

"Wir werden unser Möglichstes tun, damit die anstehende Wahl frei und fair verläuft. Sollten wir feststellen, dass sie weder frei noch fair sein wird, werden wir uns entschliessen, uns daraus zurückzuziehen," sagte der Vorsitzende der UDP Thein Htay zu Reuters.

Vierzig Parteien haben sich bei der vom Militär ernannten Wahlkommission registrieren lassen, aber es wurde bisher noch nicht entschieden, welcher eine Beteiligung an Myanmars erster ziviler Regierung seit einem halben Jahrhundert erlaubt sein wird.

....



... ↗

Von mindestens sieben Parteien wird angenommen, dass sie Vertreter des Militärs sind, das entsprechend der neuen Verfassung die Kontrolle über die wichtigsten Ministerien behält und dem 25% der Parlamentssitze zugestanden werden. Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte wird mächtiger sein als der Präsident.

Phyo Min Thein, eine der führenden Persönlichkeiten, die für Demokratie eintreten, gab in der vergangenen Woche seinen Posten als Chef der UDP auf und verhöhnte die Wahl als Farce.

Bisher wurde noch kein Termin für die Wahl festgelegt. Myanmars Opposition, zu Hause wie auch im Exil, ist gespalten. Einige haben sich zur Teilnahme entschlossen, weil sie darin ein schwaches Zeichen für einen demokratischen Prozess zu erkennen glauben, andere haben sich zum Boykott entschlossen.

Thu Wai, Vorsitzender der Democratic Party (Myanmar) und ehemaliger politischer Häftling, sagt, dass ein Boykott der Junta in die Hände spielen und dem Regime die Legitimität verleihen wird.

"Wenn wir uns in dieser Situation zurückziehen würden, dann wäre das Regime sicher sehr glücklich", sagte er zu Reuters. "Wir denken nicht daran, uns zurückzuziehen".

Seine Ansicht steht im Widerspruch zu der der inhaftierten Nobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi deren National League for Democracy es ablehnte, sich bei der Behörden registrieren zu lassen aus Protest gegen das sogenannte "ungerechten Wahlgesetz". Sie wurde seither aufgelöst.

Die Partei gewann 1990 erdrutschartig die Wahl, durfte jedoch nie regieren.

Viele Parteien beschuldigen den Geheimdienst des Militärs der Spionage und der Einschüchterung ihrer Mitglieder. Thu Wai sagte, dass Parteimitglieder, deren Kandidatur nur der Wahlkommission bekannt war, am Mittwoch von Agenten des Geheimdienstes aufgesucht wurden.

"Wir erfuhren, dass die Wahlkommission die Information über unsere Mitglieder an den Geheimdienst weitergegeben hat. Sie schüchtern allgemein unsere Mitglieder ein", sagte er.

Viele andere Parteien werden von den Führern der Aufstände von 1988 geleitet, einer Serie von Protesten, die von der Armee mit tödlicher Gewalt niedergeschlagen wurde. Es könnte sein, dass viele Kandidaten, die im Gefäng-

nis waren, ausgeschlossen werden, aber das ist bisher noch offen.

\*\*\*\*\*

## The Irrawaddy - COMMENTARY

Newsletter, August 11, 2010, ,  
[news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org), [www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org),

# Wenn die Partei des Regimes nicht gewinnt, kann es zu einem Staatsstreich kommen - AUNG ZAW

[http://www.irrawaddy.org/opinion\\_story.php?art\\_id=19207](http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=19207)

Es wird schwer, grosse Hoffnungen und Optimismus in Burmas Wahl zu setzen, während die Weltgemeinschaft immer skeptischer wegen der Glaubwürdigkeit wird und die Enttäuschung über die Unnachgiebigkeit des Regimes wächst.

Der Aussenminister der Philippinen, Alberto Romula, sagte, dass die burmesische Wahl als Täuschung anzusehen sein wird, falls man es den Mitgliedern der Opposition nicht erlaubt, sich an dem Prozess zu beteiligen.

"Alle Parteien sollten dabei sein und nicht nur dabei sein, sondern es sollte ihnen erlaubt sein, Kampagnen durchzuführen, und ihre Stimmen sollten gezählt werden. Sie wissen doch, wie Demokratie auszusehen hat", sagte Romulo.

Die Vereinigten Staaten als lautstarke Kritiker, wie auch die Europäische Union haben über die Glaubwürdigkeit der Wahlen in Burma Zweifel geäußert. Und ihre Zweifel sind vollkommen berechtigt.

Jetzt hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon seiner Enttäuschung über die Unnachgiebigkeit des Regimes Ausdruck verliehen. "Es ist eine Quelle der Frustrationen...dass Myanmar (Burma) bisher in keiner Weise auf die Bemühungen der (UN) geantwortet hat. Der Mangel an Kooperation zu diesem kritischen Zeitpunkt bedeutet nichts weniger als eine vertane Chance für Myanmar (Burma)".

Viele mögen seine Enttäuschung teilen, aber politische Aktivisten und Mitglieder der Opposition geben sich keinen Illusionen hin. Sie können nicht erkennen, dass die Wahl irgendeine Veränderung in der Landschaft bewirken wird. Wegen des Manövrierens durch das Regimes

vor der Wahl ist Optimismus rar geworden.

Es besteht allgemein die Überzeugung, dass die Wahl nur dazu dienen wird, die Militärherrschaft zu legitimieren und dass das Regime, koste es was es wolle, den Wahlprozess so manipulieren wird, dass ein vom Militär festgelegtes ziviles Parlament mit ehemaligen Generälen dabei entsteht.

Das Regime wird es keiner Oppositionspartei erlauben, die Wahl zu gewinnen.

In einem Interview mit dem The Irrawaddy berichtete Phyo Min Thein, der vor kurzem seinen Posten als Vorsitzender der Union Democracy Party niedergelegt hat, weil er der Überzeugung ist, dass die Wahl weder frei noch fair sein wird, dass vor kurzem der stellvertretende Kultusminister Aung Myo Min vor Lehrern der Universität für Fremdsprachen ausgesagt hat, dass es zu einem Putsch kommen kann, sollte es der regierungstreuen Union Solidarity and Development Party (USDP) nicht gelingen, die Wahl zu gewinnen.

Es wird berichtet, dass Anfang 2010 Oberst Zaw Min, Minister für Elektrizität Nr. 1, zu seinen schockierten Mitarbeitern gesagt hat: "Wir haben eine maßgeschneiderte Regierung, wir werden bald nach der Wahl auch weiterhin an der Macht sein und fortfahren, das Land zu regieren".

Zaw Min's Bemerkung könnte für einige internationale Analysten und selbsternannte Experten aufschlussreich sein, die herablassend meinen, dass die Wahl die politische Landschaft in Burma verändern wird.

Bisher haben sich mehr als 40 politische Parteien bei der Wahlkommission registrieren lassen. Die regierungstreue USDP ist die stärkste und erfreut sich natürlich der Unterstützung durch die Regierung.

Die USDP wird vom derzeitigen burmesischen Premierminister Thein Sein geführt, der dem Seniorgeneral seit 1990, als sie gemeinsam im Kriegsministerium waren, in Treue dient. Sie kann ohne Behinderung ihre Kampagne durchführen, obwohl bisher noch kein Wahltermin festgelegt wurde.

Als offensichtliche Strategie der Kampagne reparierte die USDP kürzlich die Strassen in Rangoon, spendete Dorfbewohnern in Zentralburma Reis und bot vor allem in Zentralburma und im Staat Arakan Handys zu Unter-Marktpreisen an.

Die "massgeschneiderte Regierung" . ↗

...ist offensichtlich bereit, die Herrschaft in anderer Form zu übernehmen. Sollte ihr dieser Plan jedoch nicht gelingen, könnte ein Militärputsch in den Karten stehen.

\*\*\*\*\*

The Irrawaddy, Newsletter, August 9, 2010, [news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org), <[www.irrawaddy.org](http://www.irrawaddy.org)>, <<http://www.irrawaddy.org/article.php?id=19165>>

## Mit stillen Feiern wurde des Jahrestages 8.8.1988

### Gedacht - 9. August 10

The Associated Press / Rangoon, Montag 9. August 2010

Rangoon, den 9. August 2010:

Am Sonntag fanden verhaltene religiöse Feiern von Aktivisten und prodemokratischen Politikern statt, um des Aufstandes von 1988 zu gedenken, der brutal von Burmas Militär niedergeworfen worden war.

Mehr als eine Million Menschen erhoben sich am 8. August in Opposition gegen ein verbohrtes, vom Militär gestütztes Regime mit General Ne Win an der Spitze, das die Ersparnisse vieler durch eine plötzliche Geldentwertung vernichtet hatte.

Es wird geschätzt, dass um die 3000 Menschen getötet wurden, bevor die Demonstrationen im September niedergeworfen wurden. Während dieses Aufstandes gelangte Aung San Suu Kyi, Burmas inhaftierte prodemokratische Führerin, zu Bedeutung.

"Wir halten diese Feiern in Gedenken an diejenigen ab, die ihr Leben während der Proteste opferten, und auch an diejenigen, die wegen ihrer Überzeugung ins Gefängnis kamen und all denen, die vor 22 Jahren landesweit an den Protesten teilnahmen," sagte Tint Hsan, ein ehemaliger Aktivist der Studenten, der eine der Feiern organisiert hatte.

In einer östlichen Vorstadt Rangoons nahmen an der Feier Politiker und viele Aktivisten teil, sowie einige Mönche, die erst vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen worden waren.

In Rangoons Strassen war es ruhig, und die Bürger gingen ihren normalen Sonntagsaktivitäten nach, wobei die einen den Gedenktag vergessen hatten und andere wiederum ihren Protest dadurch kundtaten, indem sie buddhistischen Mönchen eine Mahlzeit gaben.

Studentenaktivisten der Generation 88 gelang es 2007, abermals ihre Stimmen

in einem von Mönchen angeführten Aufstand zu erheben, der ebenfalls mit Gewalt vom Militär unterdrückt wurde. Viele von ihnen erhielten Gefängnisstrafen von über 65 Jahren.

"Ich möchte nicht, dass die Menschen wieder auf die Strasse gehen, um sich töten zu lassen. Ich glaube, dass wir durch die Wahl einen Wechsel in der Regierung herbeiführen können," sagte Cho Cho Kyaw Nyein, Generalsekretär der neugegründeten Demokratischen Partei.

Die regierende Junta hat nach zwei Dekaden zu den ersten Wahlen in diesem Jahr aufgerufen, für die bisher noch kein Datum festgesetzt wurde. Kritiker bezeichnen die Wahl als Betrug, der 50 Jahre Militärregierung in Burma festschreiben soll.

Suu Kyis National League of Democracy (NLD) boykottiert die Wahlen wegen des unfairen und undemokratischen Wahlgesetzes. Sie wurde im Mai aufgelöst, da sie es ablehnte, sich registrieren zu lassen.

1990 hatte die NLD den Wahlsieg davongetragen, es wurde ihr aber nicht erlaubt, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Suu Kyi, eine Nobelpreisträgerin, wird vom Militär bereits 14 der vergangenen 20 Jahre unter Arrest gehalten.

\*\*\*\*\*

Tin Kyi <[mtinkyi7@yahoo.com](mailto:mtinkyi7@yahoo.com)>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Burma Related News - Aug 04-05, 2010.

**Mizzima News - 5. August 2010**

<<http://www.mizzima.com/news/regional/4207-nobel-laureate-denounces-indias-burma-links-face-to-face-with-pm.html>>

## Nobelpreisträger prangert direkt beim Premierminister Indiens Verbindungen zu Burma an

Chiang Mai: Nobelpreis-Ökonom Amartya Sen verurteilte am Dienstag die Politik der Regierung des indischen Premierministers Dr. Manmohan Singh bezüglich ihrer Beziehungen zu Burma. Der Harvard-Professor verbrachte Teil seiner Kindheit in Mandalay.

Seine Bemerkungen wandten sich direkt an den indischen Chef, der an der Fachkonferenz "Centrality of Literacy" in Neu Delhi teilnahm.

"Ich bin mit Ihrer Politik in Bezug auf

Burma nicht einverstanden. In einem demokratischen Land wie Indien ist es mir möglich, dies zum Premierminister zu sagen," zitierte der Press Trust of India Professor Sen.

Indien breitete zum Empfang des Militärs Senior General Than Shwe, den roten Teppich aus, als er mit seinem Gefolge von mehr als 80 Ministern der Junta und deren Frauen im vergangenen Monat das Land besuchte. Die Länder schlossen Verträge über die Zusammenarbeit in Sicherheit und juristische Belange ab, sowie über Infrastruktur und im Energiesektor.

Wenn auch der Kommentar des Nobelpreisträgers wenig Einfluss auf die indische Burma-Politik oder die indische Öffentlichkeit ausüben wird, so wird er doch seine Wirkung auf seine akademische Gesellschaft nicht verfehlen, meinte der ehemalige Präsident der Samata Partei Jaya Jaitly.

"Zu meiner Überraschung sprach er über Demokratie und Politik. Er ist Wirtschaftswissenschaftler, deshalb spricht er gewöhnlich über Armut. Es ist ungewöhnlich für ihn, über Politik zu kommentieren. Ich nehme an, dass er die politischen Beziehungen zwischen Indien und Burma kritisieren wollte", sagte Jaitly dem Mizzima.

Professor Sen, 76, erhielt den Friedensnobelpreis 1998 für seine Arbeit über Wohlfahrtsökonomie.

Er beendete sein PhD in Ökonomie 1959 an der Cambridge Universität in England und ist jetzt Professor an der Lamont Universität wie auch Professor für Wirtschaft und Philosophie an der Harvard Universität in Amerika.

Vor dem 2. Weltkrieg lebte Sen im Alter von 3 bis 6 Jahren in Burma, wo sein Vater als Gastdozent am Mandalay College tätig war.

\*\*\*\*\*

**19. August 2010** ir Political Prisoners (Burma) -P.O Box 93, Mae Sot, Tak Province 63110, Thailand

e-mail: [info@aappb.org](mailto:info@aappb.org) website: [www.aappb.org](http://www.aappb.org)

## AAPP begrüsst die Zustimmung der USA für einen Untersuchungsausschuss in Burma und fordert andere Staaten zum Handeln auf -

(Maesot, Thailand): Die Assistance ..

... Association for Political Prisoner-Burma applaudiert aufs Wärmste den Vereinigten Staaten von Amerika für ihren Entschluss, einen Untersuchungsausschuss der UNO zu unterstützen, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma untersuchen soll. AAPP appelliert an die ASEAN, Mitglieder der EU und andere gleichgesinnte Staaten, sich solidarisch hinter das burmesische Volk zu stellen und bittet um ihre Unterstützung für einen Untersuchungsausschuss.

Die Vereinigten Staaten sind das fünfte Land, das dem Vorschlag für eine Untersuchung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Burma unterstützt und folgt damit dem Beispiel Großbritanniens, Australiens, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Im März 2010 befürwortete der Sonderberichterstatter der UNO, Tomas Quintana die Forderung burmesischer Aktivisten weltweit und drängte die UNO, "einen Untersuchungsausschuss zu bilden mit dem spezifischen Mandat, Fakten aufzufinden und sich mit der Frage "internationaler Verbrechen" in Burma zu befassen.

"AAPP und das burmesische Volk begrüßen die Entscheidung der Vereinigten Staaten, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen, und wir bitten andere Staaten dringend, sich dem anzuschließen".

"Die Internationale Gemeinschaft ist sich seit langem der systematischen Natur von Menschenrechtsvergehen, die in Burma begangen werden, bewusst, und es ist an der Zeit, diese zu untersuchen; Rhetorik allein genügt hier nicht mehr" sagte Bo Kyi, Ko-Sekretär der AAPP.

"Dieser Schritt der USA wird hoffentlich den anderen Mitgliedsstaaten der UNO den erforderlichen Mut verleihen, sich hinter einen Untersuchungsausschuss zu stellen".

Es besteht kein Zweifel darüber, dass die burmesische Junta mit zu den schlimmsten Menschenrechtsverbrechen der Welt gehört. Folter, Vergewaltigung, Zwangsarbeit, die Rekrutierung von Kindersoldaten und das Töten von Zivilisten in den ethnischen Gebieten sind weitverbreitet und geschehen systematisch.

AAPP und andere Menschenrechtsorganisationen haben Jahre damit verbracht, Menschenrechtsvergehen in Burma zu dokumentieren und sind bereit, bei einer Untersuchung, falls notwendig, zu helfen.

"Solange das Militärregime fortfährt, an-

gesichts solch entsetzlicher und erschütternder Menschenrechtsverletzungen durch Leugnen zu antworten, müssen wir sicherstellen, dass diese Übergriffe angemessen durch unabhängige Kanäle behandelt werden.

Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist ein erster Schritt, die Straffreiheit zu beenden und die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen", sagte Bo Kyi.

\*\*\*\*\*

Tin Kyi <[mtinkyi7@yahoo.com](mailto:mtinkyi7@yahoo.com)>, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Burma Related News - Aug 21-24, 2010

**Democratic Voice of Burma, den 24. August 2010,**

<<http://www.dvb.no/news/burma-to-submit-rights-report-to-un/11401>>

## Burma wird der UNO Rechtsbericht übergeben

### FRANCIS WADE

Wie heimische Medienberichten, hat die burmesische Regierung den ersten Entwurf eines Menschenrechtsberichtes, der für den Menschenrechtsrat der UNO für Anfang nächsten Jahres bestimmt ist, beendet,

Der Universal Periodic Review wurde von der Menschenrechtskommission Myanmars unter der Leitung Maung Oos, Minister für innere Angelegenheiten, zusammengestellt. Wie das staatliche New Light of Myanmar am Sonntag berichtete, wurde bei einem Treffen in Naypyidaw der zweite Bericht erneut überprüft.

"Sobald er vollständig ist, wird der zweite Entwurf dem Myanmar Human Right Report Compilation Work (dem Dossier mit der Zusammenstellung von Menschenrechtsberichten in Myanmar) übergeben", berichtet die Zeitung.

Mitglieder des Rates sind ersucht, periodisch Überprüfungen ihrer Rechtsunterlagen zu unterbreiten. Obwohl Myanmar technisch gesehen nicht Mitglied ist, wurde ihm der Status "Sonderverfahren" vom UNHRC eingeräumt, wo Menschenrechtsvergehen im Lande angesprochen werden können. Er unterbreitete dem Sicherheitsrat vergangenen Monat einen hochprofilierten Bericht und bat die UNO um Untersuchung möglicher Kriegsverbrechen und Vergehen gegen die Menschlichkeit in Burma.

Aber beim Versuch, das Land zu Beginn des Monats zu besuchen, wurde

Quintana das Visum abgeschlagen. Seine Assistentin, Hannah Wu, die Menschenrechtsbeauftragte in Bangkok, berichtete heute dem DVB, dass "die burmesische Regierung zum vorgeschlagenen Zeitpunkt beschäftigt sei. Es bringt nichts, hierüber zu spekulieren, sie wird hierfür ihre Gründe haben".

Sie fügte hinzu, dass Quintana zur Durchführung seines Mandats "einen Besuch in Burma als sehr wichtig erachtet".

Einmal unterbreitet, wird die Revision der dritte von drei Berichten sein - einschliesslich der Berichtes der Betroffenen und einer Zusammenfassung der UN-Informationen, analysiert von einer als Arbeitsgruppe bezeichneten Konferenz des UNHRC.

"Die Arbeitsgruppe kann sich auf der Basis dieser Berichte innerhalb von drei Stunden die Situation anschauen, und natürlich werden die Delegierten ihrer Pflicht nachkommen, mit jedem, den sie für notwendig erachten, zu sprechen, einschliesslich mit denen, die die Informationen liefern, wie auch mit den Beratern," sagte Wu.

"Aber es liegt gänzlich in ihrer Verantwortung herauszufinden, was im Bericht gesagt wurde und wie die Realität aussieht, das heisst, es liegt gänzlich in den Händen der Mitglieder des UNHRC", sagte Wu.

Quintanas Besuch hätte drei Monate vor den umstrittenen Wahlen in Burma stattfinden sollen, die für den 7. November vorgesehen sind. Zu diesem Zeitpunkt hatten auch die Hauptmitwirkenden der Internationalen Gemeinschaft, einschliesslich den USA, dem von Quintana vorgeschlagenen UN-Untersuchungsausschuss zur Überprüfung, ob der burmesische Junta-Chef Than Shwe vor das Internationale Strafgericht (ICC) gestellt werden soll, Rückendeckung zugesagt.

Washington ist erst im vergangenen Jahr dem UNHRC als Mitglied beigetreten. Bis dahin hatten die Benennung der Mitglieder des sogenannten Schurkenstaates und augenscheinlich übertriebene Kritik an Israel als Grund gegolten, dies nicht zu tun.

Schwere Rechtsverletzungen werden von der burmesischen Junta und ihrer Armee verübt. Hierzu zählen unter anderem Zwangsarbeit und Vergewaltigung, die als Kriegswaffen eingesetzt werden, wie auch die 2.150 Aktivisten, Politiker, Journalisten und Ent- ...



... wicklungshelfer, die sich hinter Gittern befinden. Einige sind auch der Ansicht, dass die Regierung eine allmähliche ethnische Säuberung entlang den unberechenbaren burmesischen Grenzregionen durchführt, von denen sich einige seit über 60 Jahren im Bürgerkrieg befinden.

\*\*\*\*\*

**Zin Linn** <[zinlinn@cscoms.com](mailto:zinlinn@cscoms.com)>

[NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Burma's 'Nazi Party' plots landslide victory in Nov. 7 polls. 23. Aug 2010

## Burmas "Nazi-Partei" plant erdrutschartigen Sieg bei der Wahl vom 7. November

Zin Linn – 23. August 2010 -

<<http://uk.asiancorrespondent.com/uzinlinn/burma%E2%80%99s-nazi-party-plots-landslide-victory-in-the-7-november-polls>>

Wiederholt hat das burmesische Regime den Ruf internationaler und regionaler Akteure nach umfassenden, freien und fairen Wahlen ignoriert. Die vorgeschlagenen Wahlen von 2010 werden nicht zur Aussöhnung zwischen den verschiedenen Parteien Burmas oder Myanmars führen, da die nationale Aussöhnung von der Militärjunta so professionell zerissen wurde.

Die USDP - ehemalige Solidarity and Development Association (USDA) wird als das Vehikel der Junta für deren parlamentarische Politik angesehen. Die USDP scheint die mächtige Golkar Partei Indonesiens zu kopieren und behauptet, 24 Millionen Mitglieder zu haben.

Die USDP - (USDP) plant, in allen Wahlkreisen anzutreten, während es anderen Parteien nicht einmal möglich ist, sich in den Wahlen vom 7. November um ein Viertel der Sitze zu bewerben. Ausserdem werden die burmesischen Streitkräfte 25% aller Sitze im zukünftigen Parlament erhalten, während die derzeitige Verfassung den ethnischen Gruppen des Landes fundamentale Rechte verweigert.

Die Kandidaten einiger registrierter Parteien beschwerten sich, dass die von der Junta unterstützte USDP Sonderprivilegien erhält, wohingegen andere Bürgerparteien während der Kampagnen behindert werden. Politiker einiger registrierter Parteien sagen, sie seien sich bewusst, dass die Wahl unfair verlaufen wird, dass sie sich aber trotzdem daran beteiligen, um zu helfen, den politischen Raum etwas auszudehnen.

Den Medien des Militärregimes zufolge wurde die USDA am 15. September 1993 gegründet, und hat 16 staatliche und Bereichsverbände, sowie 63 Assoziationen auf Bezirksebene, 320 Stadtverbände und 14.865 Dorfverbände mit insgesamt 24 Millionen Mitgliedern.

Schutzherren der USDA sind Seniorgeneral Than Shwe (Oberkommandierender der Streitkräfte) und Vize-Seniorgeneral Maung Aye (stellvertretender Oberkommandierender der Streitkräfte). Vorsitzender ist Generalleutnant Thein Sein (Premierminister des Landes), Brigadegeneral Htay Oo (Minister für Landwirtschaft und Bewässerung) ist Generalsekretär der USDA, und alle Armeekommandanten sind die Schirmherren der USDA auf Staats- und Bereichsebene.

Dies bedeutet, dass die Menschen in der USDA oder USDP klar Hitlers Nazi-Partei wiedererkennen. Die USDA ist eine paramilitärische Terrorgruppe innerhalb des burmesischen Staatsapparates, die von Armeegenerälen organisiert wird, um die Bevölkerung zu unterdrücken. Die Menschen werden den vorsätzlich geplanten Überfall von Dapayin am 30. Mai 2003 nicht vergessen, bei dem Aung San Suu Kyi nur mit Not entkam.

\*\*\*\*\*

THE BURMANET NEWS, August 28 - 30, 2010, Issue #4030, "Editor" <[editor@burmanet.org](mailto:editor@burmanet.org)> The Irrawaddy Today's Newsletter for Monday, August 30, 2010, [news@irrawaddy.org](mailto:news@irrawaddy.org)

**The Irrawaddy** – den 30.08.2010 -

<[http://www.irrawaddy.org/opinion\\_story.php?art\\_id=19335](http://www.irrawaddy.org/opinion_story.php?art_id=19335)>

## Die strategischen Wahlschachzüge der Junta - HTET AUNG

Nach dem Zeitplan der Wahlkommission endete am Montag die Frist zur Ernennung von Kandidaten für die Wahl von 2010 in Burma. Für Kandidaten, die ihre Bewerbung zurückziehen wollen, endet die Frist am 3. September.

Obwohl Montag als Endtermin für die Nominierung von Kandidaten gilt, kann dieses Datum auch als Anmeldeabschluss für die Registrierung neuer politischer Parteien interpretiert werden, denn nach Artikel 16 der Registrierungsverordnung für politische Parteien ist keine Partei existent, die nicht mindestens 3 Kandidaten in die Wahl schickt.

Von den 47 neuen und bereits beste-

henden politischen Parteien, die sich bei der Wahlkommission angemeldet haben, werden 42 per 30. September anerkannt. Fünf Parteien, unter ihnen drei Kachin-Parteien, wurden abgelehnt, weil die Registrierung ihrer Partei nicht innerhalb der gesetzten Frist von der Wahlkommission anerkannt worden war.

Im Fall der Kachin State Progressive Party (KSPP) unter der Führung von Dr. Tu Ja, ehemaliger Vizepräsident der Kachin Independence Organization (KIO), hat der Wahlausschuss wiederholt die Führung der KSPP aufgefordert, ihre Bemühungen fortzusetzen, gab aber keine klare Antwort, als Parteiangehörige nach Naypyidaw fuhren, um sich nach den Gründen für das Ausbleiben einer Anerkennung zu erkundigen.

Dies folgt dem Muster des Wahlausschusses, der willkürlich die Schritte vor der Wahl dazu benutzt, Barrieren für die politischen Parteien der Opposition zu errichten und die von der Junta geförderte Union Solidarity and Development Party (USDP) bei jedem Schritt zu bevorzugen.

Die Wahlkommission räumte den politischen Parteien nicht genügend Zeit ein, die notwendigen Schritte zu unternehmen, sondern verkürzte die Zeit derart, dass die Wahl am 7. November stattfinden kann, eine Woche vor Entlassung der prodemokratischen Ikone, Aung San Suu Kyi, am 14. November.

Der Wahlausschuss hätte bereits im März einen Zeitplan für die Schritte vor der Wahl herausgeben können, er unterliess dies aber bewusst, um den Parteien nicht den Zugang zur richtigen Information zu gewähren oder genügend Zeit, um die notwendigen Unterlagen zusammenzustellen.

Jetzt aber ist die Junta in der Lage, die Wahl vom 7. November anhand der Analyse der Kandidatenlisten aller Parteien ziemlich sicher vorausszusagen. Die USDP plant, sich für die nationalen und regionalen Parlamente in allen Wahlkreisen aufzustellen. Die demokratischen Oppositionsparteien werden jeweils weniger als 100 Kandidaten ins Feld schicken.

In der Zwischenzeit hat das Militär in der vergangenen Woche eine grössere Umbesetzung vorgenommen, ein weiterer wichtiger Schritt, der dazu führte, dass viele hochrangige Generäle ihren Abschied nahmen und einen Sitz im Parlament suchten. Dies sollte dazu dienen, vor Fristablauf für ....

... die Registrierung der Kandidaten vollständig zu sein. Im April dankte das gesamte Kabinett des ehemaligen Generals Thein Sein ab, um die USDP zu gründen.

Diese wohlgeplanten Schritte, die seit der Verkündigung der Wahlgesetze im März vorgenommen wurden, sind für Seniorgeneral Than Shwe und seine Generäle strategisch wichtig, um die politische Struktur nach der Wahl im Griff zu haben.

Das burmesische Volk wird nicht Zeuge eines Übergangs von einer Militär- zur Zivilverwaltung werden, sondern eines Übergangs innerhalb des Militärs, das einen pseudozivilen Zweig ehemaliger Militäroffiziere bildet und somit eine Doppelrolle zu spielen, damit das Militär im neuen Parlament gestärkt werden kann.

\*\*\*\*\*

Tin Kyi <mtinkyi7@yahoo.com>, 25.08.2010, [NLDmembersnSupportersofCRPPnNLDnDASSK] Burma Related News - Aug 25. 2010

Associated Press, 25. August 2010 <http://uk.asiancorrespondent.com/breakingnews/burma-s-suu-kyi-poll-offenses-shoul.htm>

# Burmas Suu Kyi: Wahlvergehen sollten aufgedeckt werden

Burmas inhaftierte prodemokratische Führerin Aung San Suu Kyi hat die Menschen aufgefordert, alle Wahlverletzungen aufzudecken, die ih-

nen während der kommenden nationalen Wahl begegnen - selbst wenn, wie sie es vorgeschlagen hat, ihre Anhänger nicht wählen.

Wenn auch Suu Kyi jetzt aufgelöste National League for Democracy die Wahl am 7. November boykottiert, so sollte der Vorgang nicht ignoriert werden, wird ihr Anwalt Nyan Win zitiert. Die Menschen haben das Recht, bei der Polizei Beschwerden einzubringen, wenn gegen die Wahlgesetze verstossen wird, sagte er.

Suu Kyi machte ihren Kommentar am Dienstag, Nyan Win berichtete am Mittwoch darüber zu Journalisten.

"Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sollten als politischen Prozess angesehen werden", wird Suu Kyi zitiert und sie erklärte, dass die Wahl allein noch nicht die politischen Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen kann.

Die NLD boykottiert die Wahl, da sie die Wahlgesetze für unfair ansieht. Kritiker bezeichnen die Wahl als Täuschung, mit der die Macht des Militärs zementiert soll, die Burma seit einem halben Jahrhundert mit fester Hand regiert.

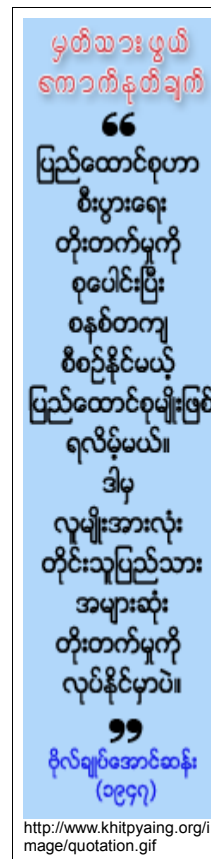
Suu Kyi sagt, dass die Menschen, die die NLD hätten wählen wollen, sich statt dessen nicht an der Wahl beteiligen sollten.

Die Regierung hat den Wahltermin am 13. August bekannt gegeben und be-

endete damit Spekulationen, wann genau Burmas erste Wahl innerhalb von zwei Dekaden stattfinden wird. Den politischen Parteien wurden nur zwei Wochen zugestanden, um ihre Kandidatenliste abzugeben. Suu Kyi nannte dies kurzfristig und ein Zeichen von Missachtung.

Lt. Nyan Win findet Suu Kyi die Wahl weder frei noch fair, ohne Meinungs- oder Pressefreiheit.

\*\*\*\*\*



Sie wollen die Menschen in Burma auf ihrem Weg zu Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechten unterstützen?

Dann unterstützen Sie die Arbeit des Burma Büros – zum Beispiel als Mitglied oder Förderer/ Förderin unseres Vereins.

Nähere Informationen zu uns, zur Mitgliedschaft und zu den Fördermöglichkeiten erhalten Sie, wenn Sie diesen Coupon an das **Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln** schicken.

Name: .....

Adresse: .....

Tel./Fax: .....

e-Mail: .....

Bemerkungen: .....

Übrigens: Spenden auf unser Konto sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: Postbank, Dortmund Kto.Nr. 45 45 31 468 BLZ.: 440 100 46

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470 e-Mail: [burmabuero@netcologne.de](mailto:burmabuero@netcologne.de)

<http://www.burmabureaugermany.com> - [www.burma-report.de](http://www.burma-report.de)

Hrsg.: Burma Büro e.V., Postfach 27 03 66, 50509 Köln. Tel: 0221-9522450 Fax: 0221-9522470 e-Mail: [burmabuero@netcologne.de](mailto:burmabuero@netcologne.de) - <http://www.burmabureaugermany.com> - [www.burma-report.de](http://www.burma-report.de)